



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Andree Hachmann
Alte Bahnhofstraße 18
48432 Rheine
☎ 05975 306578
☎ 05975 306579
✉ info@andree-hachmann.de

10.02.2015

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine!

I.

Dem Haushalt der Stadt Rheine geht es seit Jahren schlecht. Einer meiner Stellvertreter, der Ratskollege Stefan Gude, hat den Haushalt vor einiger Zeit mit einem Patienten verglichen, der seit Jahren auf der Intensivstation liegt. Damit hat er völlig Recht.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die Stadt Rheine hat seit 2006 mehr als 100 Mio. Euro Eigenkapital verbraucht. Das ist ein Verbrauch von fast einem Drittel des städtischen Vermögens innerhalb von nicht einmal 9 Jahren. Das strukturelle Haushaltsdefizit liegt im Schnitt bei jährlich 10 Mio. Euro. Zur Vermeidung der Überschreitung kommunalrechtlicher Aufsichtsgrenzen, dem so genannten Schwellenwert, der bei etwa 13 Mio. Euro liegt, musste der Kämmerer der Stadt 2014 eine Haushaltssperre verhängen.

Trotz dieser ersten, drastischen Wiederbelebensmaßnahme - um im Bild zu bleiben - scheint es so zu sein, dass im Haushaltsjahr 2014 der Schwellenwert zur Haushaltssicherung trotz aller Bemühungen überschritten wird.

Das Problem hierbei ist Folgendes: Mit jedem neuen Defizit sinkt dieser Schwellenwert für das folgende Jahr und damit droht Rheine, der Haushaltssicherung immer näher zu kommen. Dann ist kommunalpolitisches Handeln kaum, bzw. nicht mehr möglich. Dann werden andere und vorgeben, wo gespart werden muss. CDU und Bündnis 90/Die Grünen wollen dies verhindern. Der Haushalt muss sofort umgesteuert werden. Um dies jedoch mit Augenmaß und im Verantwortungsbewusstsein bestehender Strukturen und Einrichtungen zu tun, haben wir vereinbart, das Ziel der Haushaltskonsolidierung, langfristig anzugehen. Wir wollen das Haushaltsdefizit von 10 Mio. Euro in 10 Jahren abbauen. Dazu müssen Einschnitte bei den Ausgaben und Erhöhungen bei den Einnahmen Hand in Hand gehen.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben daher ein Maßnahmenbündel verschiedener Einzelpositionen geschnürt, die hier ansetzen. Zum Teil mit ganz konkreten Kostenreduzierungen, zum Teil mit Prüfaufträgen, die Einsparmöglichkeiten aufdecken werden.



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Dabei wollen wir ganz bewusst die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ebenso mit in die Verantwortung nehmen, wie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Nur gemeinsam kann die Kehrtwende in der Haushaltspolitik gelingen.

Deswegen wollen wir an allen Stellen Einsparmöglichkeiten finden, bzw. haben schon entsprechende Beschlüsse für 2015 gefasst. Hier nur ein kurzer Überblick, über die Themenbereiche: EWG, Öffentliche Grünflächen, Schulbudget, Musikschule, Stadtbibliothek, Museen, Sozialbereich, Kloster Bentlage, Sportbudget, Spielplätze, Wohnungsgesellschaft, Volkshochschule, Parkhäuser, Stellenreduzierungen.

Ich habe es an anderer Stelle schon einmal angesprochen, möchte es aber noch einmal sagen, damit man sich ein Bild von den Dimensionen machen kann: Selbst wenn man die EWG, den Falkenhof, Kloster Bentlage, den Naturzoo, die Musikschule, die Stadtbibliothek und die VHS komplett schließt - was so ohne weiteres nicht geht und was zudem auch keiner will - hätte man erst etwa 6 Mio. Euro eingespart.

Das strukturelle Defizit von 10 Mio. Euro ist daher kurzfristig nicht alleine durch Einsparungen zu erreichen, will man nicht gute und wichtige Strukturen der Stadt auflösen oder stark beschädigen.

Aber selbst wenn man diese Größenordnung durch Einsparungen erreichen will, geht dies nur über einen langen Zeitraum. Daher das Ziel: 10 Millionen in 10 Jahren abzubauen.

In den ersten Jahren wird daher selbst bei den größten Sparanstrengungen weiterhin das Eigenkapital der Stadt zulasten der jüngeren Generation aufgezehrt. Um diese Aufzehrung zumindest zu reduzieren, führt an einer Erhöhung der Einnahmeseite, insbesondere der Grundsteuer, kein Weg vorbei. Das wir damit letztlich auch der Haushaltssicherung entgehen, ist ein Minimalziel, um den Patient Haushalt von der Intensivstation zu holen.

Wenn wir nicht selbst entscheiden, jetzt etwas zu tun, rutschen wir innerhalb kürzester Zeit in die Haushaltssicherung und dann entscheiden wir nicht mehr selbst. Welche Auswirkungen dieses auf die Erhöhung der Grundsteuern und die freiwilligen Leistungen haben wird, mag sich jeder vorstellen.

Wir wollen aber selbst handlungsfähig bleiben. Wir wollen selbst entscheiden, wofür wir unser Geld ausgeben und wo wir Einsparungen vornehmen und in welcher Höhe. Und wir müssen unsere Probleme **selbst** und **heute** lösen.

Weder Bund, noch Land werden uns helfen, und alles der jüngeren Generation - Kindern, Enkeln, Nichten, Neffen - aufzubürden ist weder richtig, noch gerecht.

Wie sagte, mir jüngst ein Bürger in einer Diskussion um den Haushalt: *"Legen sie mal richtig los, durchforsten sie alles und sparen sie, wo sie können."* Dann machte er eine Pause und setzte lächelnd hinzu: *"Aber bitte nicht bei mir."*



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

II.

Dass das so nicht funktioniert, ist letztlich allen Bürgern klar. Was vielen Bürgern möglicherweise nicht so klar ist, sind die Hintergründe für die dramatischen Haushaltszahlen. Denn vielfach wird die Meinung vertreten, dass die vorherigen Räte der Stadt das Geld mit vollen Händen ausgegeben hätten und die Politik jetzt den Bürger zur Kasse bittet, da die Politiker sich nicht anders zu helfen wissen.

Sicherlich hätte man in der Vergangenheit die eine oder andere Entscheidung anders fällen, hier und da auch mehr einsparen können. Und auch zukünftig wird es Entscheidungen geben, die man unterschiedlich bewerten kann, aber sie werden nicht leichtfertig getroffen. Ich kann für alle Parteien im Rat ausschließen, dass in der Vergangenheit das Geld ohne Rücksicht auf Verluste mit vollen Händen ausgegeben worden ist.

Die Probleme des Haushaltes liegen ganz woanders, insbesondere im Sozialbereich. Zur Verdeutlichung helfen ein paar Zahlen: Beispielsweise sind die Kosten für Erzieherische Hilfen - Familienbetreuung, Heimunterbringung, etc - seit 2006 von 7,4 Mio. Euro um etwa 4 Mio. Euro auf 11,5 Mio. Euro gestiegen.

Im Bereich der Sozialhilfe sind die Ausgaben in diesem Zeitraum von 1,6 Mio. Euro um 2,4 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro gestiegen.

Hatte man einst gedacht, die demographische Entwicklung würde bei der Kinderbetreuung zu Kostenreduzierungen führen, ist man heute eines besseren belehrt: Seit 2006 haben sich die Kosten für die Kinderbetreuung von 4,5 Mio. Euro auf jetzt fast 10. Mio. Euro mehr als verdoppelt. Diese genannten Kosten können von der Stadt Rheine so gut wie nicht beeinflusst werden. Hierbei handelt es sich um sogenannte Pflichtaufgaben der Stadt.

Diesen 10 Mio. Euro stehen Einnahmen von etwa 1,7 Mio. Euro entgegen.

Die Betreuung unserer Kinder ist der Stadt also fast 9 Mio. Euro wert. Völlig zu Recht, oder glaubt hier irgendjemand, man könne diese 9. Mio. Euro auf die Eltern umlegen und die Elternbeiträge mal eben verfünffachen?

Insgesamt hat es bei den Pflichtaufgaben seit 2006 Kostensteigerungen im Sozialbereich von etwa 11,5 Mio. Euro gegeben.

Kurz zur Erinnerung, das jährliche strukturelle Defizit der Stadt Rheine liegt bei etwa 10 Mio. Euro.

Ohne diese Kostensteigerung im Sozialbereich hätten wir heute schon einen Haushaltsüberschuss!

Jetzt kommen in dem Zeitraum seit 2006 noch die gestiegene Kreisumlage (etwa 4 Mio.), höhere Pensionsrückstellungen (etwa 3,7 Mio.) und weitere Nebenpositionen hinzu, so dass alleine die Kostensteigerungen, auf die die Stadt Rheine keinen Einfluss hat, bei etwa 20 Mio. Euro in den letzten 9 Jahren gelegen haben.

Gleichzeitig sind im selben Zeitraum die Personalaufwendungen trotz Tarifsteigerungen von 33,7 Mio. Euro auf 30,8 Mio. Euro zurückgegangen.



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Liebe Bürgerinnen und Bürger, daran sehen Sie, dass der Rat der Stadt Rheine auch in den letzten Jahren Einsparungen in Millionenhöhe vorgenommen hat, aber das Ansparen gegen nicht zu beeinflussende Kostensteigerungen von 20 Mio. Euro in den letzten 9 Jahren ohne die Erhöhung von Steuern völlig aussichtslos ist.

Sicherlich hätte man über die Höhe der Grundsteuererhöhung nachdenken können. Warum mussten es 25% Steigerung sein, hätten nicht auch 20% ausgereicht? Wir haben hier sehr lange alle Punkte abgewogen: Höhe des Haushaltsdefizits, Verhinderung der Haushaltssicherung, Belastbarkeit der Bürger.

Letztlich haben wir uns auf eine Steigerung von 25% verständigt. Dies ist nicht leichtfertig erfolgt. Die nun beschlossene Erhöhung, kommt daher dem am nächsten, was man richtig nennen kann.

Wir haben uns auf die Grundsteuer beschränkt, da wir der Ansicht sind, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer, stärker negativ wirkt und zudem deutlich weniger planbar ist - alleine 2014 fehlen etwa 4 Mio. erwartete Gewerbesteuern -, zumal durch Mechanismen, wie der Gewerbesteuerumlage, die Mehreinnahmen nicht einmal vollständig bei der Stadt Rheine bleiben.

Darüber hinaus ist die Grundsteuer auch die gerechteste städtische Steuer, da sie alle Bürger entsprechend ihres Eigentums belastet und die sozialschwachen unserer Gesellschaft, die Bezieher von Sozialleistungen, völlig von der Erhöhung ausnimmt, da dieser Teil über Nebenkostenzuschüsse von der Stadt übernommen wird.

Wer die Diskussion in anderen Kommunen des Münsterlandes verfolgt hat, der sieht, dass Rheine hier auch keinen Alleingang macht: In Rhede plant man eine Erhöhung von 435 auf 800 Punkte, in Ascheberg sollte die Grundsteuer um 43% steigen und selbst im einkommensstarken Emsdetten ist eine Erhöhung in zwei Stufen um insgesamt 20% auf dem Tisch.

Denn: Die Kostensteigerungen im Sozialbereich sind für alle Gemeinden gleich.

Die beschlossene Grundsteuererhöhung ist daher richtig. Wer etwas anderes behauptet, der verschiebt die Probleme nur in die Zukunft und macht es nachfolgenden Generationen schwerer, die sicher nicht leichter werden Aufgaben zu bewältigen.

III.

Nach der Grundsteuer-Notoperation, kommt nun die lange Rehabilitationsphase: Die weitere Reduzierung der Kosten in allen Bereichen ist das Ziel. Die Erhöhung der Grundsteuer kann und darf nicht dazu führen, dass wir hier nachlassen. Das Ziel muss bleiben, den Haushalt in 10 Jahre auszugleichen.

Eine Millionen wollen wir jedes Jahr sparen.

Dieser Haushalt 2015 ist vom Kämmerer mit einer Verringerung der allgemeinen Rücklage von 9.463.601 Euro eingebracht worden. Wenn wir gleich den Haushalt verabschieden, dann beschließen wir zwar immer noch eine Verringerung der allgemeinen Rücklage von 5.592.154



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Euro, aber der Haushalt hat die Intensivstation verlassen.

Es sind aber weitere Kostensteigerungen im Sozialbereich, bei der Flüchtlingsunterbringung und bei Leistungen für Behinderte absehbar.

Wo liegen unsere Sparbemühungen in 2015:

- 134.000,00 Euro bei der EWG
- etwa 100.000,00 Euro durch Stellenstreichungen
- 12.000,00 Euro weniger für barrierefreie Mittel
- 23.500,00 Euro Kürzung im Sportetat
- um 329.000,00 Euro ist der Ansatz im Bereich Pflegekosten für öffentliche Grünflächen gesenkt worden
- 180.000,00 Euro durch Nichteinführung der Leistungszulage für städtische Beamte
- 10.000,00 Euro Einsparung durch Streichung der Zuschüsse im Bereich kleiner Denkmalpflegemaßnahmen
- 100.000,00 Euro durch Streichung des Ansatzes für die Veränderung der Homepage der Stadt Rheine
- 119.119,00 Euro sparen wir durch die Verkleinerung der Feuerwache rechts der Ems

Macht zusammen 1.007.619 Euro! Eine Punktlandung möchte man meinen.

Tatsächlich haben wir die eine Millionen in 2015 aber nicht ganz erreicht, denn die Streichung des Ansatzes bei den Technischen Betrieben um 329.000,00 Euro kann nur zu etwa 175.000,00 Euro umgesetzt werden, da hierfür Personaleinsparungen notwendig sind, die erst mit verzögerter Laufzeit wirksam werden.

Auch an diesem Beispiel sieht man, dass Kostenreduzierung nicht mal so eben geht, wie es hier manch einer in der Diskussion in den Raum geworfen hat.

Dieses Problem wird uns auch in den kommenden Jahren begleiten.

Wir suchen daher den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, wollen wissen, wo man in ihren Augen sparen kann und haben uns deswegen auch mit den Initiatoren der Petition an einen Tisch gesetzt.

Wir merken, dass sich viele Bürger nicht hinreichend informiert fühlen. Wir werden uns hier verbessern. Wir sind offen für neue und andere Formen der Bürgerbeteiligung oder gar einen Bürgerhaushalt. Wir wollen den Dialog weiterführen, wie wir ihn mit den Mitdenk-Foren bereits im letzten Jahr begonnen haben.

Wir haben bei unseren Sparmaßnahmen aktuell Diskussionen mit vielen Akteuren geführt, bei denen die Sparmaßnahmen schon jetzt greifen: Die Sportvereine, die Technischen Betriebe, die EWG und die Stadtverwaltung selbst sind hier nur vier Akteure.

In Zukunft werden wir im Vorfeld mit den Betroffenen sprechen. Auch wir lernen aus Fehlern.



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

IV.

Das Ziel unserer ganzen Anstrengungen ist es, dass Rheine handlungsfähig bleibt.

Folgende Maßnahmen haben wir daher für 2015 mit auf den Weg gebracht:

Wir wollen die Nelson-Mandela-Sekundarschule am bisherigen Standort der Fürstenberg-Realschule zu einem modernen Bildungszentrum umwandeln. Dies muss im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel von 8 Mio. Euro gelingen. Die ersten Besprechungen mit dem Siegerbüro aus der Mehrfachbeauftragung zeigen, dass das geht.

Bedauerlich finde ich, dass der Streit über den Standort nach der Entscheidung und Einrichtung der Nelson-Mandela-Sekundarschule nun über die Baukosten weiter geführt wird. Wenn 90 Anmeldungen im Schuljahr eins zeigen, dann dass die Standortwahl richtig war und ist. Die Eltern des Schotthock nehmen den Standort an. Wann nehmen die Kritiker des Standorts endlich den Elternwillen an?

Ich räume ein, dass ein anderer Standort möglicherweise günstiger gewesen sein könnte - sehr viel Konjunktiv im Übrigen -, aber besser mehr Geld in den richtigen Standort investieren, als weniger Geld im falschen Standort versenken.

Lassen Sie uns jetzt gemeinsam an dem von Bürgerschaft und Eltern akzeptierten Standort ein funktionierendes Bildungs- und Stadtteilzentrum errichten. Wir alle wissen, wie wichtig das gerade in diesem Stadtteil ist.

Wir haben den Kulturentwicklungsplan auf den Weg gebracht, um kulturelle Angebote besser zu bündeln und zu vernetzen, aber auch, um Einsparmöglichkeiten wie z.B. durch den Abbau von Doppelstrukturen, erkennen zu können. Die kulturelle Vielfalt ist ein Pfund von Rheine, das in weiten Teilen vom ehrenamtlichen Engagement getragen wird. Eine Stärkung des Ehrenamtes in diesem Bereich führt nicht nur zu einer besseren Kulturlandschaft in Rheine sondern dann hoffentlich zu sinkenden Kosten. Beides muss hier Hand in Hand gehen, damit Rheines kulturelle Vielfalt erhalten und gestärkt werden kann.

Wir stehen weiterhin zum Projekt der Sozialen Stadt Dorenkamp. Die angelaufenen Maßnahmen werden von uns unterstützt und begleitet. Ein weiterer Meilenstein wird die Schaffung des neuen Schulhofs im Schulzentrum Rheine-West sein. Hier konnte durch die flexible Verschiebung von Fördermitteln die größere Lösung trotz klammer Kassen auf den Weg gebracht werden.

Diese Flexibilität wünschten wir uns auch bei den Landeszuschüssen für die Errichtung von U3-Betreuungsplätzen. Der Bedarf ist ungebrochen hoch - die Konsequenzen für den städtischen Haushalt hatte ich zu Beginn meiner Rede schon aufgezeigt - so, dass weitere neue Kindergartenplätze gebaut werden müssen. Erstmals wird die Stadt sogar selbst den Bau eines eigenen Kindergartens in Eigenregie ausführen, um Kosten zu reduzieren.

Neue Wege werden wir auch im Bereich der Inklusion gehen müssen. Menschen mit Behinderungen müssen Teil der Gesellschaft werden, heißt es dann immer so schön. Was ein Unfug. Behinderte Menschen sind ein Teil unserer Gesellschaft und gemeinsam müssen wir Mittel und Wege finden, wie das Thema Inklusion zur Normalität wird, dass Befindlichkeiten auf allen Seiten wegfallen und wir die beste Förderung für alle Kinder und Erwachsenen mit Behinde-



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

rungen finden, egal ob in Regel- oder Förderschulen. Dieser Weg ist aber noch lang und solange sich Unternehmen davon "freikaufen" können, ab einer bestimmten Größe keine Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung anbieten zu müssen, kommen wir da auch nicht wirklich weiter.

Die Umsetzung der schulischen Inklusion wird eine der großen Aufgaben für uns werden. Die ersten Schritte sind gemacht worden, jedoch ist die Vorgabe der Schulaufsicht und des Landes, dass die schulische Inklusion keine räumlichen und sächlichen Mehrbedarfe erfordert ein Schlag ins Gesicht für alle Beteiligten. Schulische Inklusion braucht eine adäquate räumliche, sachliche wie auch personelle Ausstattung. Dieses können Kommunen nicht alleine schultern. Wenn Land und Bund sich hier nicht umfassend mit einbringen, stehlen sie sich aus der Verantwortung. Wir werden das einfordern.

Aus dem Budget des Sportetats konnten auch die Mittel für einen Sportentwicklungsplan bereit gestellt werden. Dieser Entwicklungsplan soll die Förderung der Vereine gezielt begleiten, um einmal Kosten zu sparen - das ist das Oberziel in den kommenden Jahren - aber auch, um die Bedarfe der Sportvereine besser berücksichtigen und fördern zu können.

Das größte Städtebauprojekt der jüngeren Zukunft wird die Entwicklung der General-Wever-Kaserne werden. Hier befinden sich die Verhandlungen mit dem Eigentümer der Flächen, der Bundesrepublik Deutschland, in einer entscheidenden Phase. Wir hoffen, noch in diesem Jahr zu einem positiven Verhandlungsergebnis zu kommen, um dann ab 2016 in die konkrete Planung einsteigen zu können. Hier werden wir Bürger und Anwohner mit in die Gestaltung der Fläche einbinden, um ein modernes und grünes Wohnquartier zu schaffen.

Wir wollen in Rheine eine Willkommenskultur für Flüchtlinge schaffen und die bisherige dezentrale Flüchtlingspolitik der Stadt weiter positiv begleiten. Wir drängen darauf, dass die Menschen, die von heute auf morgen ihre Heimat verlassen mussten, weil machversessene Despoten, religiöse Fanatiker oder radikale Rassisten, aber auch Armut, Not und Elend, sie zur Flucht trieben, hier willkommen geheißen werden. Zuerst gilt es ein Dach über dem Kopf bereit zu stellen, dann muss ein Platz in unserer Gesellschaft gefunden werden und ganz zum Schluss muss Rheine für einige der Flüchtlinge eine neue Heimat werden. Das alles kostet Zeit, Geld aber vor allem Verständnis für die Situation, in der sich die Menschen befinden. Alles drei werden wir aufbringen.

Wer sich in den letzten Tagen nach Einbruch der Dunkelheit in Richtung Rheine-West aufgemacht hat und dabei die neue Bahnstrecke benutzt hat, konnte mit eigenen Augen sehen, welche wunderschönen Ergebnisse eine gelungene Stadtplanung erreichen kann. Der Blick aus dem gläsernen Mittelteil der ehemaligen Betriebshalle, hinauf über die Treppenstufen zum angestrahlten Franz-Tacke-Haus als Eingang zum Innovationsquartier versprüht eine Atmosphäre, die man auf der anderen Seite des Bahnhofs lange wird suchen müssen. Der Westausgang ist unbestritten ein Schmuckstück der Stadt geworden.

Ein solches Eingangsportal der Stadt soll auch der neue Busbahnhof werden. Natürlich gibt es das nicht zum Nulltarif. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt wird man aber trotz Förderung genau abwägen müssen, welche Ausgaben zwingend notwendig, welche wünschenswert und welche Maßnahmen nur "*schön zu haben*" sind. Letztlich gilt dies bei allen Projekten des Rahmenplans Innenstadt, den wir positiv begleiten werden, dessen Ausgaben wir aber mit



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Augenmaß beschließen und stets die Akteure und Betroffenen mitnehmen werden. Unser gemeinsames Ziel ist hier die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt von Rheine.

V.

Lassen Sie mich zum Abschluss meiner Rede noch einmal kurz auf die Haushaltslage eingehen, die unser Handeln in den nächsten Jahren bestimmen und einschränken wird.

Hier gilt es kreative Lösungen zu finden. Wir wollen Bürger und Unternehmen einbinden. Wir wollen informieren und ein Bewusstsein für Aufgaben und Strukturen schaffen. Wir wollen die Ideen und Kompetenzen beider Gruppen nutzen um Kosten zu sparen und Einnahmen zu generieren.

Die Einbindung des Ehrenamtes in städtische Aufgabenbereiche ist da eine Lösung. Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger wollen sich für Flüchtlinge einsetzen, oder bei der Übermittagsbetreuung unterstützend mithelfen. Der gesamte Sportbereich wäre ohne Ehrenamt nicht denkbar. Hier müssen unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit engagierte Bürger, sich einbringen können, ohne dass sie am Ende von komplizierten Verhaltens- und Haftungsvorschriften frustriert werden.

Aber auch in anderen Bereichen werden wir die Bürger stärker mit in die Verantwortung nehmen. So wird sich die Stadt aus der Pflege der Grünflächen in den Wohngebieten zurückziehen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, wie man dieses so genannte Straßenbegleitgrün in die Vorgärten der Anwohner integrieren kann, ohne einen neuen Verwaltungsaufwand zu schaffen, der am Ende die Kostenersparnis der weggefallenen Pflege ad absurdum führt.

Wir werden aber auch die Möglichkeiten des Sponsorings verstärkt angehen müssen. Warum nicht Werbung auf Kreisverkehre bringen. Bestes Beispiel ist hier der Salvus-Brunnen in Emsdetten. Aber auch der Meisenkreisel in Mesum wird heute schon durch Gartenbauunternehmen gepflegt, die im Gegenzug für sich werben dürfen. Hier gibt es noch diverse andere Beispiele, die möglich sind. Manchmal muss einfach nur in andere Richtungen gedacht werden.

Dieses andere Denken wünsche ich mir auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Seien Sie mit Ihren Ideen und Vorschlägen kreativ und mutig. Helfen Sie mit, Kosten zu reduzieren, aber auch Einnahme zu erhöhen. Wenn wir gemeinsam an dem Ziel arbeiten, in zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erhalten, dann haben wir die besten Voraussetzungen, das auch zu schaffen.

Der Haushalt 2015 wird heute verabschiedet. Der Haushalt 2016 wird ab morgen geplant. Die echten Herausforderungen kommen jetzt. Rheines Haushalt muss wieder gesund werden.

Gehen wir es gemeinsam an: Rat, Verwaltung und Bürgerschaft.

Andree Hachmann
Fraktionsvorsitzender